

Bündelung der Kräfte

Interview mit Staatssekretär Johann Hahlen, Bundesministerium des Innern, über die neuen E-Government-Pläne der Bundesregierung, die Herausforderungen für Länder und Kommunen sowie Qualifizierungsstrategien für Beschäftigte.

Herr Staatssekretär Hahlen, mit E-Government sind hohe Erwartungen an die Modernisierung des Staates verbunden. Was wurde bisher erreicht?

Zu Recht haben Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft hohe Erwartungen an eine modernisierte Verwaltung durch E-Government – und E-Government ist eine Erfolgsgeschichte. Der Bund hat mit einem erheblichen Aufwand seine Dienstleistungen ins Netz gebracht und in den vergangenen Jahren

Das Bundeskabinett hat am 13. September 2006 das Regierungsprogramm „Zukunftsorientierte Verwaltung durch Innovationsorientierte E-Government 2.0 beschlossen. Beide Programme bilden eine Einheit, denn das Potenzial moderner Technologie lässt uns staatliche Aufgaben effektiver, transparenter und wirtschaftlicher wahrnehmen. Mit E-Government 2.0 wird der Bund seine Online-Dienstleistungen gezielt, das heißt bedarfsorientiert, ausbauen.

Mit dem elektronischen Personalausweis für alle Bürgerinnen

und Bürger ab 2008 wird auch der Wirtschaft ein zusätzlicher Nutzen geboten, nämlich ein sicheres elektronisches Identifikationsverfahren. Gleichzeitig soll die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft durch ein E-Government-Kompetenzzentrum des Bundes einen besonderen organisatorischen Rahmen erhalten.

Was sind die Herausforderungen für Länder und Kommunen im Bereich E-Government?

Die Länder und Kommunen haben in den vergangenen Jahren gute bis hervorragende E-Government-Ange-

bote für ihre Unternehmen und ihre Bürgerinnen und Bürger geschaffen. Alle Länder haben E-Government-Masterpläne oder Strategien.

Zahlreiche Kommunen sind sehr aktiv, einige haben internationale Auszeichnungen erhalten. Nachholbedarf gibt es, wo Bund, Länder und Kommunen zusammenarbeiten, um ebenenübergreifend Lösungen zu entwickeln. Wo Leistungen durchgängig und vernetzt erbracht werden können, weil verschiedene Ebenen der Staatsverwaltung an ein und demselben Verwaltungsvorgang beteiligt sind, muss Deutschland noch besser werden. Hier setzt der im Juni 2006 von der Bundeskanzlerin und den Ministerpräsidenten verabschiedete Aktionsplan Deutschland-Online an.

Vom neu beschlossenen E-Government-Aktionsplan sollen Impulse für Deutschland-Online ausgehen. Wie können mit dem neuen Aktionsplan die bisherigen Umsetzungsschwierigkeiten überwunden werden?

Bislang gab es im Bereich E-Government zu viele verschiedene



Johann Hahlen

„E-Government ist für niemanden ein Unwetter, das unkontrollierbar hereinbricht.“

rund 650 Millionen Euro investiert. Durch Modellrechnungen haben wir ermittelt, dass damit schon heute ein jährliches internes Einsparpotenzial von 350 Millionen Euro und ein externer Nutzen für Unternehmen, Bürgerinnen und Bürger von rund 430 Millionen Euro pro Jahr verbunden sind. Gleichwohl dürfen wir bei dem Erreichten nicht stehen bleiben. Die Bundesregierung geht deshalb den Weg der Verwaltungsmodernisierung durch E-Government konsequent weiter.

Wie sehen die Pläne für die Zukunft aus?

Ansätze und zu wenig Bündelung der Kräfte. Die Regierungschefs von Bund und Ländern wollen mit dem Aktionsplan jetzt die Kräfte auf einige wenige strategisch besonders bedeutsame Projekte konzentrieren, die Vorbilder für weitere gemeinsame Vorhaben sein sollen. Zur Steuerung wird ein kleiner, hochrangig besetzter Lenkungs-kreis die Vorhaben intensiv begleiten. Die E-Government-Staatssekretäre werden für Deutschland-Online in Fachministerkonferenzen werben. Wir wollen Verzögerungen auf politischer Ebene vermeiden, die oft auf fehlender Kommunikation beruhen. Zudem wird die Deutschland-Online-Geschäftsstelle im Bundesministerium des Innern die priorisierten Vorhaben unterstützen.

Welchen Stellenwert hat das Thema Mitarbeiterqualifizierung im Zusammenhang mit den neuen Initiativen zum E-Government?

Kenntnis und Akzeptanz von E-Government als Querschnittsthema sind bei den Fachanwendern stärker zu verankern. Wir müssen intensiver als bisher die Chancen des

E-Government bei der Umsetzung politischer Vorhaben vermitteln und gleichzeitig die Nachteile deutlich machen, wenn komplexe Geschäftsprozesse zwischen Verwaltung, Wirtschaft und Bürgern zu spät oder nicht ausreichend optimiert werden. Dies gilt insbesondere für die Ausgestaltung von Gesetzesvorhaben. Den Beschäftigten wollen wir es im Zuge des neuen Regierungsprogramms „Zukunftsorientierte Verwaltung durch Innovationen“ ermöglichen, durch Bildungscontrolling und Betonung von lebenslangem Lernen ihre IT-Kompetenz zu sichern und auszubauen.

Lässt sich die These bestätigen, dass die E-Government-Thematik bei den Beschäftigten und Führungskräften in der öffentlichen Verwaltung noch nicht richtig angekommen ist?

Nein. Die Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien ist aus der Bundesverwaltung nicht mehr wegzudenken. Zahlreiche verwaltungsinterne Vorgänge werden elektronisch abgewickelt. Über 440 Dienstleistungen der Bundesverwaltung stehen online bereit. Woran wir noch arbeiten müssen, ist das Verständnis, dass elektronische Prozessketten keine Abziehbilder papiergebundener Abläufe sind und wir mit der IT-Anwendung auch Geschäftsprozesse und Organisationsstrukturen verändern müssen.

Halten Sie ein spezifisches E-Government-Qualifizierungsangebot, das auf die Führungskräfte in der öffentlichen Verwaltung abgestimmt ist, für erforderlich?

Führungskräfte in der Verwaltung müssen mit fachlicher und sozialer

Kompetenz für eine erfolgreiche Umsetzung des E-Government-Programms sorgen. Deshalb ist die Qualifizierung und Fortbildung aller Beteiligten Kernbestandteil des neuen Regierungsprogramms. Führungskräfte müssen die künftigen Entwicklungen ihres Aufgabenbereiches kennen, aber nicht die besseren IT-Spezialisten sein. E-Government muss bedarfsorientiert bei der Ausgestaltung von Fortbildungsangeboten berücksichtigt werden.

Wo sehen Sie die zukünftigen Herausforderungen für das Personal bei der Umsetzung von E-Government?

Die Antwort wird je nach Funktionsgruppe des Personals unterschiedlich ausfallen. Es ist heute Standard, dass Mitarbeiter bei der Einführung neuer Anwendungen geschult werden. Hier sehe ich keinen flächendeckenden Nachholbedarf. Aber wir benötigen bei allen Veränderungen, die den Arbeitsalltag der Beschäftigten betreffen, ein umfassendes Feedback, vor allem von den Nutzern von Pilotanwendungen. Da die Beratung der Vorgesetzten im öffentlichen Dienst eine Bringschuld ist, sollte sie auch eingefordert werden. E-Government ist für niemanden ein Unwetter, das unkontrollierbar hereinbricht. Es soll vielmehr den Beschäftigten helfen, ihre übertragenen Aufgaben besser wahrzunehmen.

Angesichts der Neuauflage von Deutschland-Online und des neuen Programms E-Government 2.0 der Bundesregierung hat das Institute for Electronic Government (www.ifg.cc) mit Johann Hahlen gesprochen. Das Interview wurde von Tino Schuppan durchgeführt.

Zur Person

Johann Hahlen wurde im Oktober 2006 als Nachfolger von Hans Bernhard Beus zum Staatssekretär im Bundesinnenministerium (BMI) ernannt. Der bisherige Präsident des Statistischen Bundesamtes ist unter anderem für die Abteilungen Öffentlicher Dienst und Verwaltungsmodernisierung verantwortlich. Hahlen studierte Rechtswissenschaften und trat 1972 in den Dienst des BMI.